



**25. Juni 2021**

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

## **Inhalt:**

- **Wir haben viel geschafft – Bilanz der SPD-Bundestagfraktion**
- **Klimaschutz Sofortprogramm 2022**
- **Franke wirbt für zukunftsfeste Lösung in der Krankenhausfinanzierung**
- **Statement von Edgar Franke zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses „Breitscheidplatz“**
- **Effektivere Bekämpfung von Nachstellung und Cyberstalking**
- **Personengesellschaftsrecht (MoPeG) wird modernisiert**
- **Faire Verbraucherverträge**
- **Bilder der Woche**

## Wir haben viel geschafft

**Bilanz der SPD-Bundestagsfraktion: Wir Sozialdemokraten haben für den Fortschritt gesorgt und das Land sicher durch die Corona-Krise gesteuert.**

Wir haben Millionen Jobs gesichert, die Wirtschaft stabilisiert – mit dem krisenerprobten Kurzarbeitergeld, mit milliardenschweren Hilfspaketen für Unternehmen und einem Konjunkturprogramm auf Rekordniveau. Wir haben mit einem Klimaschutzprogramm die Tür zur klimaneutralen Gesellschaft weit geöffnet – und zwar so, dass die Treibhausgasreduktion nicht auf Kosten derjenigen geht, die ohnehin schon wenig haben. Wir haben die Grundrente eingeführt, für höhere Löhne in den Pflegeberufen gesorgt und vor allem die unteren und mittleren Einkommen entlastet, indem wir etwa den Soli für 90 Prozent der Beschäftigten abgeschafft haben. Wir haben die Rechte von Arbeitnehmern gestärkt, schlechte Arbeitsverhältnisse verboten, den Familien unter die Arme gegriffen.

Das alles haben wir geschafft – oft gegen den Widerstand von CDU/CSU. Wir wissen, dass der soziale Fortschritt für unser Land und die Menschen nicht von allein kommt.

**Für uns ist Gerechtigkeit keine hohle Phrase, sondern die Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.**



Corona hat uns alle getroffen und geht mit enormen Belastungen einher. Aber unser Land hat auch gezeigt, wozu es in der Lage ist: Die Menschen stehen zusammen. Sie stellen die Vernunft und Solidarität über ihre persönlichen Ängste und Betroffenheit: Indem sie Abstand halten und Rücksicht aufeinander nehmen. Indem sie sich praktisch und gegenseitig unterstützen. Ebenso entscheidend war das unermüdliche Engagement der Beschäftigten im Gesundheitssystem, in den Gesundheitsämtern, den Krankenhäusern, den Pflegeeinrichtungen. Nicht zuletzt die gesamtgesellschaftliche Solidarität, die sich in der breiten Unterstützung für die politischen Hilfsmaßnahmen zeigt. Alle Maßnahmen zielten und zielen darauf ab, das Gesundheitssystem zu stärken, die Gesundheit und das Leben der Menschen zu schützen und gleichzeitig die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie im Zaum zu halten.

In nur wenigen Wochen hatten wir Milliarden an Hilfen mobilisiert für Gesundheitsämter, Kliniken und andere Einrichtungen des Gesundheitswesens, für die Beschaffung von Schutzausrüstung und die Entwicklung eines Impfstoffs, für den Erhalt von Millionen Arbeitsplätzen mit dem Kurzarbeitergeld, für die Stabilisierung von Unternehmen, für Kultur und soziale Einrichtungen, für den Schutz von Ausbildungsplätzen, für Familien, für Schülerinnen, Schüler und Studierende. Im letzten Sommer kam ein beispielloses Konjunkturprogramm mit einem Volumen von 130 Milliarden Euro hinzu – um Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und die Binnennachfrage zu stärken.

**Wir sichern vor allem die Investitionen in Städten und Gemeinden und damit gute Lebensbedingungen vor Ort. Und wir investieren in Zukunftstechnologien, um unser Land wettbewerbsfähiger, ökologischer und lebenswerter zu machen.**

Es ist uns in dieser Ausnahmesituation gelungen, unser Land vor Massenarbeitslosigkeit zu bewahren. Dank eines gut ausgestatteten Gesundheitssystems und vieler engagierter Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte konnten wir die medizinische Versorgung – im Gegensatz zu vielen anderen Staaten – aufrechterhalten und allen Patientinnen und Patienten die bestmögliche Behandlung gewährleisten.

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

Zwei Dinge haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch während der Pandemie-Zeit nicht aus den Augen verloren: Die Krise hat uns darin bestätigt, wie wichtig ein starker und handlungsfähiger Sozialstaat ist, der den Menschen zur Seite steht und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärkt. Gleichzeitig wissen wir: Gerade in Krisenzeiten müssen wir unseren Blick in die Zukunft richten – bei Bildung und Betreuung, bei Digitalisierung, Klimaschutz und bei der Mobilitätswende. Ein handlungsfähiger Sozialstaat und Investitionen in die Zukunft – beides ist wichtig, nicht nur, um gut durch die Krise, sondern auch dauerhaft gestärkt aus ihr herauszukommen.

## Klimaschutz Sofortprogramm 2022

Das Bundeskabinett hat ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit einem Investitionsvolumen von acht Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Das Programm ist Teil des Bundeshaushalts 2022, den Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) ebenfalls vorgestellt hat.



Wir wollen als erstes großes Industrieland bis 2045 klimaneutral werden. Daher beschloss das Bundeskabinett unter der Federführung von Olaf Scholz in dieser Woche das „**Klimaschutz Sofortprogramm 2022**“.

Der Klima-Finanzplan soll helfen, den Umstieg auf klimafreundliche Technologien zu fördern und die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen.

**Wir wollen mit unserer Klimapolitik einen verlässlichen Weg aufzuzeigen, den alle mitgehen können. Die Klimapolitik muss sozial und für alle bezahlbar sein.**

Insgesamt acht Milliarden Euro nehmen wir zusätzlich in die Hand. Damit unterstützen wir die energetische Gebäudesanierung, eine klimafreundliche Mobilität und Unternehmen bei der Transformation und sichern so die Arbeitsplätze.

Mit 4,5 Milliarden Euro in den kommenden zwei Jahren soll die größte Summe in die Förderung energieeffizienter Gebäude fließen.

Auch der klimagerechte soziale Wohnungsbau wird in den kommenden Jahren mit einer Gesamtsumme von einer Milliarde Euro bedacht, im Jahr 2022 sollen dafür bereits 150 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Im Plan festgeschrieben ist auch das Vorhaben, die energetischen Mindeststandards für neue Gebäude anzuheben.



## Franke wirbt für zukunftsfeste Lösung in der Krankenhausfinanzierung

In seiner letzten Rede vor dem Deutschen Bundestag in dieser Wahlperiode betonte Edgar Franke, dass die Krankenhäuser in strukturschwachen Regionen stärker finanziell gefördert werden sollten.

„Bedarfsnotwendige Krankenhäuser bekommen jetzt jedes Jahr zwischen 400.000 und 800.000 Euro – je nachdem, wie viel sie für die Versorgung tun“, so Franke. Diese Förderung müsse man weiter ausbauen. Im Moment seien aber die Förderkriterien zu streng.



„Deshalb gehen einige Kliniken leer aus, obwohl sie für die Versorgung in der Region wichtig sind. Das Krankenhaus in Fritzlar zum Beispiel erfüllt die Kriterien nicht ganz. Wir brauchen flexiblere an der tatsächlichen Versorgung orientierte Kriterien, damit wir auch solche Kliniken passgenau unterstützen können“. Außerdem sei es wichtig, dass die Bundesländer mehr Geld für Investitionen in den Krankenhäusern bereitstellen. „Jedes Jahr fehlen mindestens drei Milliarden Euro, weil die Länder ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, genügend Mittel für das kaputte Dach und den neuen OP-Saal bereitzustellen. Hier müssen die Länder endlich liefern“, forderte der Gesundheitspolitiker.

Zum Abschluss ging Franke auf die zahlreichen Verbesserungen für Krankenhäuser ein, die die SPD-Bundestagsfraktion in den letzten Jahren erreichen konnte. „Die Personalkosten in der Pflege werden komplett refinanziert. In der Pandemie gab es anfangs Freihaltepauschalen und nun einen Ganzjahreserlösausgleich bei Corona-Einbußen. Außerdem hat der Bund drei Milliarden Euro für moderne Kliniken bereitgestellt.

Mit diesen Maßnahmen sichern wir die bestmögliche Versorgung der Menschen in unserem Land!“, so Edgar Franke. „Die bestmögliche Versorgung, unabhängig vom Wohnort, vom Alter und vom Geldbeutel der Versicherten ist und bleibt der rote Faden sozialdemokratischer Gesundheitspolitik!“

Die ganze Rede kann hier angesehen werden: » [Reden \(edgarfranke.de\)](https://www.edgarfranke.de)

## Statement von Edgar Franke zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses „Breitscheidplatz“

**Edgar Franke hat sich mit Opfern des Breitscheidplatzes auf Einladung von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble im Anschluss an die Debatte zur Vorstellung des Abschlussberichtes des Untersuchungsausschusses im Bundestag getroffen.**

Kaum etwas erschüttert das Vertrauen in einen funktionierenden Staat so sehr wie ein Terroranschlag. Das hat der schreckliche islamistische Anschlag am Berliner Breitscheidplatz gezeigt. Damit die Betroffenen die Tat überhaupt verarbeiten können, müssen sie die Hintergründe kennen. Nur



so können sie das Geschehene überhaupt hinter sich lassen. Der Untersuchungsausschuss des Bundestages hat mit seiner Aufklärungsarbeit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet.

Der Untersuchungsausschuss hat klar gezeigt: Direkt nach dem Anschlag gab es gravierende Defizite beim Umgang mit den Opfern. Hilfe kam zu spät, zu zögerlich, zu wenig. Oft fehlte die so wichtige Sensibilität gegenüber traumatisierten Betroffenen. Daraus haben wir gelernt und klare Konsequenzen gezogen. Heute gibt es Opferbeauftragte im Bund und in 14 Ländern. Nach einem Anschlag reagieren wir heute sofort und bieten praktische, finanzielle und psychosoziale Unterstützung an.

Wir haben die rechtlichen Rahmenbedingungen erheblich verbessert. So gibt es nun einen Anspruch auf Behandlungen in Trauma-Ambulanzen. Die finanzielle Unterstützung des Bundes haben wir deutlich erhöht und für die Hinterbliebenen rückwirkend verdreifacht.

Die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zeigen aber auch: Wir müssen noch aufmerksamer mit Terroropfern umgehen. Wir brauchen einen Kulturwandel in unseren Sozialbehörden: mehr Sensibilität und Flexibilität, weniger Bürokratie. Islamistische Terrorattentate, aber auch rechtsextremistische Anschläge wie in Halle und Hanau, richten sich gegen unsere Art zu leben. Die Täter wollen unsere Gesellschaft spalten. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir an der Seite der Opfer stehen und sie mit aller Kraft unterstützen.

## Effektivere Bekämpfung von Nachstellung und Cyberstalking

**Nachstellung, auch Stalking genannt, ist nichts anderes als ein schrecklicher Psychoterror und kann traumatische Folgen haben. Stalkerinnen und Stalker bedrohen, belästigen und verfolgen die Betroffenen häufig über lange Zeit. Um Stalkingopfer in der echten wie in der digitalen Welt besser zu schützen, hat der Bundestag diese Woche Änderungen des Strafgesetzbuches zur effektiveren Bekämpfung von Nachstellung (Stalking) in der „analogen“ und der „digitalen“ Welt, also dem Internet, beschlossen.**



**Keine Chance für Modern Stalking - mehr Schutz im digitalen Raum!**

Esther Dilcher, MdB

Erstens ist Stalking von nun an ein Officialdelikt. Das heißt, dass kein Strafantrag seitens der Opfer mehr gestellt, sondern die Taten bereits von Amts wegen verfolgt werden.

Zweitens wird künftig mit einer Freiheitsstrafe von nunmehr bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft, wer einer anderen Person in unbefugter und schädlicher Weise nachstellt.

Drittens war für uns als SPD-Bundestagsfraktion wichtig, dem technischen Fortschritt Rechnung zu tragen. Deswegen nimmt die Gesetzesänderung

ausdrücklich auch die digitale Nachstellung, das sogenannte Cyberstalking, auf. Auch die digitale Verbreitung von Abbildungen des Opfers oder von Inhalten unter dem Namen des Opfers werden mit der Härte des Gesetzes bestraft.

## Personengesellschaftsrecht (MoPeG) wird modernisiert

Kern des Gesetzentwurfs ist die Reform der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Die GbR ist die rechtliche Basis vieler Gesellschaftsformen und im Alltag weit verbreitet.

Angelehnt an das Handelsregister schaffen wir für diese ein eigenes Gesellschaftsregister. Das erleichtert den Nachweis der Existenz, Identität und ordnungsgemäßen Vertretung einer GbR und gibt Sicherheit für dessen Vertragspartner.

„Mit der Modernisierung des Personengesellschaftsrechts schaffen wir einen praxistauglichen und stabil funktionierenden Rahmen, bei gleichzeitiger Bewahrung größtmöglicher Gestaltungsfreiheit“, stellte Esther Dilcher in ihrer Rede fest.

## Faire Verbraucherverträge

Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben eine Reihe von Verbesserungen für Verbraucherinnen und Verbraucher durchgesetzt:

- **Abschaffung automatischer Vertragsverlängerungen** um ein ganzes Jahr: zukünftig gelten maximal zwei Jahre Mindestvertragslaufzeit bei Strom, Fitnessstudio- oder Zeitungsabo sowie bei Handy- und Internetverträgen, danach *monatlich* kündbar.
- **Einführung eines „Kündigungsbuttons“**: Wer online einen Vertrag abschließt, kann diesen mit einem einfachen Klick kündigen und bekommt die Kündigung auch sofort bestätigt.
- **Einwilligung für Telefonwerbung**: Anbieter müssen dokumentieren, dass sie vorab eine Einwilligung für Werbeanrufe eingeholt haben.
- **Strom- und Gasverträge müssen in Textform erfolgen, um ungewollte Anbieterwechsel zu verhindern.**
- **Stärkung der Verbraucherrechte in den AGB**: künftig können Fluggesellschaften nicht mehr über ihre AGB verhindern, dass Ansprüche auf Entschädigung bei Flugausfällen an Dienstleister abgetreten werden.



## Bilder der Woche

### Verabschiedung von Justizministerin Christine Lambrecht in der hessischen SPD-Landesgruppe.

Als „Superministerin“ nicht nur für Justiz, sondern auch für Familie hat Edgar Franke sie für die Landesgruppe als „Superwoman“ ausgezeichnet und ihr eine passende Figur überreicht.

Er dankte Christine für ihre engagierte Arbeit als Justizministerin, ihre klare Kante gegen rechts sowie ihr Eintreten für eine offene, demokratische und vielfältige Gesellschaft.



**Spargelfahrt der Seeheimer mal anders - im Garten der DPG in Berlin!** Olaf Scholz, unser Kanzlerkandidat, hat uns nochmal motiviert, Wahlkampf für die SPD, für eine soziale Politik zu machen (im Bild links mit Siemtje Möller und Dirk Wiese).

17 Abgeordnete sind verabschiedet worden - von der ehemaligen Gesundheitsministerin Ulla Schmidt bis hin zu Barbara Hendricks, die ja in der vorletzten Wahlperiode Umweltministerin war.



Bild rechts: Edgar Franke im Gespräch mit der Bundesministerin a.D. Brigitte Zypries und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dirk Wiese.

**Freitagnacht um 0.27 Uhr die letzten  
namentlichen Abstimmungen im  
Bundestag.**

Esther Dilcher hatte Plenardienst und kontrollierte die Wahlurnen, als Edgar Franke seine Stimmkarte abgab.

Es war ein langer Sitzungstag!

**So erreichen Sie uns:**

**Esther Dilcher, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-75113

esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27

34497 Korbach

Tel.: 05631-974712

[www.estherdilcher.de](http://www.estherdilcher.de)

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26

34369 Hofgeismar

Tel.: 05671-5099398

**Dr. Edgar Franke, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451 717950

[www.edgarfranke.de](http://www.edgarfranke.de)



Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Bild von [Luisella Planeta Leoni](#) auf [Pixabay](#) Seite 4 Bild von [Gerd Altmann](#) auf [Pixabay](#), Seite 5 Screenshot [Deutscher Bundestag - Mediathek](#), Seite 6 Edgar Franke, Seite 7 Sharepic von Esther Dilcher, Seite 9 und 10 alle Bilder Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.